

Vertrag zu Los 2¹

über den Austausch von Biofiltern für die
Kreislaufwirtschaft Neckar-Odenwald AöR



Zwischen

der Kreislaufwirtschaft Neckar-Odenwald - AöR (KWIn)
Sansenhecken 1
74722 Buchen

– im Folgenden Auftraggeber [AG] genannt –

und

– im Folgenden Auftragnehmer [AN] genannt –

wird folgender Vertrag geschlossen:

¹ Dieser Vertragsentwurf wird nach dem Zuschlag im Vergabeverfahren zur Dokumentation von beiden Parteien unterzeichnet. Es wird darauf hingewiesen, dass das Auftragsverhältnis bereits mit der **Zuschlagserteilung** im Vergabeverfahren zu Stande kommt.

INHALT

BLOCK B - VERTRAG

| | | |
|------|---|----|
| § 1 | Vertragsgegenstand, Grundlagen | 3 |
| § 2 | Vertragslaufzeit | 3 |
| § 3 | Rahmenbedingungen | 3 |
| § 4 | Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung | 4 |
| § 5 | Pflichten des AN..... | 6 |
| § 6 | Rechte und Pflichten des AG..... | 7 |
| § 7 | Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt | 8 |
| § 8 | Entgelte | 8 |
| § 9 | Abrechnung | 9 |
| § 10 | Preisanpassung | 9 |
| § 11 | Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge | 11 |
| § 12 | Sicherheit, Bürgschaft | 11 |
| § 13 | Vertragsstrafe | 12 |
| § 14 | Nachträgliche Unterbeauftragung | 12 |
| § 15 | Loyalitätsklausel | 13 |
| § 16 | Kündigung aus wichtigem Grund | 13 |
| § 17 | Kündigung wegen Rechtsverletzungen | 14 |
| § 18 | Salvatorische Klausel..... | 14 |
| § 19 | Schlussbestimmungen..... | 14 |

ANLAGEN ZUM VERTRAG

| | |
|-----------|--|
| Anlage 1: | Preisblatt |
| Anlage 2: | Besondere Vertragsbedingungen LTMG |
| Anlage 3: | Bürgschaftsurkunde |
| Anlage 4: | Allgemeine Rahmenbedingungen |
| Anlage 5: | Vereinbarung zur Auftragsdatenverarbeitung |

BLOCK B – Vertrag

§ 1 Vertragsgegenstand, Grundlagen

- (1) Der AG beauftragt den AN mit der Ausführung der vertragsgegenständlichen Leistungen.
- (2) Die für den AG geltenden Satzungen in der jeweils geltenden Fassung und die vollständigen, dem AN vorliegenden Vergabeunterlagen, sind Bestandteile dieses Vertrages.
- (3) Soweit dieser Vertrag keine entgegenstehenden Vereinbarungen beinhaltet, sind
 - das Angebot des AN vom _____² nebst Anlagen und
 - die übrigen Vergabeunterlagen nebst Anlagen ergänzend heranzuziehen.

In Zweifelsfällen ist für die Auslegung des Vertrages der in den gesamten Vergabeunterlagen zum Ausdruck gekommene Wille des AG ausschlaggebend. Als Widerspruch gilt nicht, wenn in den Vergabeunterlagen oder im Vertrag jeweils Nebenpflichten einer Vertragspartei begründet sind, die im jeweils anderen Dokument fehlen.

- (4) Sämtliche Leistungen müssen unter Beachtung der gesetzlichen Vorschriften und Regelungen erfolgen. Es wird besonders auf die Einhaltung der für den AN gültigen berufsgenossenschaftlichen Regelungen hingewiesen.
- (5) Weiter liegen dem Vertrag zu Grunde:
 - Verordnung über die Vergabe öffentlicher Aufträge (Vergabeverordnung – VgV –),
 - Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen (GWB),
 - die Vergabe- und Vertragsordnung für Leistungen – Teil B –, Allgemeine Vertragsbedingungen für die Ausführung von Leistungen (VOL/B),in der jeweils zum Zeitpunkt der Veröffentlichung dieser Ausschreibung geltenden Fassung.
- (6) Bei etwaigen Widersprüchen vertraglicher Regelungen zu solchen der VOL/B gehen die Regelungen der VOL/B vor.
- (7) Anderslautende Geschäfts-, Liefer- oder Zahlungsbedingungen des AN werden nicht Bestandteil dieses Vertrages.

§ 2 Vertragslaufzeit

- (1) Die Leistungen werden auf die Dauer von fünf Jahren ab dem 01.01.2027 vergeben. Die Beauftragung endet somit spätestens zum 31.12.2031.
- (2) Während der Vertragslaufzeit ist eine Kündigung ausgeschlossen, sofern dieser Vertrag nichts Gegenteiliges regelt.

§ 3 Rahmenbedingungen

- (1) Die ergänzenden Angaben zu Rahmenbedingungen der Leistungserbringung sind diesem Vertrag als Anlagen beigelegt.
- (2) Die Mengenangaben in den Preisblättern basieren auf Prognosen. Eine wesentliche Änderung der Mengen wird aber nicht erwartet. Mögliche Abweichungen der tatsächlichen Mengen oder sonstigen Leistungsannahmen zu den Mengenaufkommen der Vergangenheit oder den vom AN

² Wird gemäß Angebot des AN ergänzt.

selbst zu Grunde gelegten eigenen Prognosen oder den in den Preisblättern angegebenen Mengengerüsten bzw. sonstigen Leistungsannahmen allein berechtigen keinen der Vertragspartner dazu, eine Anpassung der Vergütung zu verlangen. Keinesfalls berechtigen Mengenabweichungen gegenüber den Angaben in den Preisblättern in einem Korridor von +/- 10 % die Vertragspartner zu einem Entgeltanpassungsverlangen. Diese Mengenschwankungen hat der AN auf jeden Fall in seine Angebotspreise einzukalkulieren. § 2 Nr. 3 VOL/B bleibt unberührt. Mengenabweichungen außerhalb des Korridors von +/- 10 % begründen dann einen Anspruch des einen Vertragspartners gegen den jeweils anderen Vertragspartner auf eine Anpassung der Entgelte, wenn die Mengenveränderung nachweislich die Kostenstruktur des AN wesentlich beeinflusst. Die Führung des Nachweises obliegt derjenigen Vertragspartei, die eine Entgeltanpassung begehrt.

- (3) Sollten nach Vertragsabschluss gesetzliche Vorschriften eingeführt, abgeschafft oder geändert werden, die die Leistungserbringung oder Teile der Leistungserbringung wesentlich beeinflussen, so hat jeder Vertragspartner Anspruch auf eine Anpassung der Entgelte ab dem Wirksamwerden einer der vorbezeichneten Maßnahmen. Der Umfang der Anpassung richtet sich danach, wie sich diese Maßnahme auf die Leistungen des AN nach diesem Vertrag auswirken. Ausgenommen hiervon sind Steuern von Einkommen und Ertrag, wie z. B. Körperschaftsteuer, Solidaritätszuschlag und Gewerbeertragssteuer, sowie zum Zeitpunkt der Angebotslegung erkennbare Kosten wie z. B. Mautgebühren für die Nutzung entsprechender Verkehrswege.

§ 4 Technisch-organisatorische Leistungsbeschreibung

(1) Leistungsgegenstand

Der AN tauscht die vorhandenen Biofilter in den Deckeln der Bioabfalltonnen im vertragsgegenständlichen Gebiet aus. Die Biofilter werden dem AN vom AG bereitgestellt.

Der besseren Übersicht halber werden die einzelnen Leistungselemente wie folgt kurz beschrieben:

- Übernahme von Austauschdaten aus der Datenbank des AG und Planung des Austausches,
- Austausch des Filtermaterials in den Deckeln von Behältern zur Erfassung von Bioabfall mit einem Fassungsvermögen von 60, 120 und 240 Liter,
- Dokumentation des Austausches, Anbringung von Aufklebern an den Deckeln über die Erledigung,
- Rückmeldung der entsprechenden Austauschdaten an den AG.

Art und Umfang der einzusetzenden und für den Zweck der Leistungserbringung geeigneten Technik sind vom AN zu bestimmen. Auch die verkehrstechnischen Gegebenheiten sind vom AN nach dessen freiem Ermessen zu berücksichtigen. Der AN trägt die volle Verantwortung für die ordnungsgemäße Durchführung der von ihm geforderten Leistungen.

Bei der Leistungserbringung sind darüber hinaus sämtliche einschlägigen gesetzlichen und untergesetzlichen Regelwerke sowie technischen Regeln zu beachten.

(2) Durchführung Austausch Biofilter

Der Austausch des Filtermaterials ist in den Jahren 2027 und 2028 sowie 2030 und 2031 jeweils im Frühling (je nach Vegetation März/April) abwechselnd in den beiden Großregionen (Buchen und Mosbach) durch den AN unter zwingender Einhaltung der weiteren vertraglich beschriebenen zeitlichen Vorgaben durchzuführen. Der Austausch hat an einem zwischen dem AG und AN abgestimmten Tag im zuvor genannten Zeitraum stattzufinden (+ 1-2 Tage Reserve).

Als Grundlage des Austauschs stellt der AG jeweils im Vorjahr zum 1. Oktober eines jeden Jahres die Auswertung aus der jeweiligen Großregion (siehe Anlage 4) zur Erstellung der Planung und des Umsetzungskonzepts zur Verfügung.

Die Planung erfolgt durch den AN in Absprache mit dem AG spätestens bis zum 31.10. eines jeden Jahres. Der AG meldet Änderungswünsche an den AN zurück, die der AN nach Möglichkeit einarbeitet. Der AN plant hierzu Termine für den Austausch innerhalb einer Woche pro Gemeinde bzw. Ortsteil (bei größeren Gemeinden in Abstimmung auf Straßenebene).

Die Bürger werden über den Austausch des Filtermaterials durch den AG im Rahmen seiner Öffentlichkeitsarbeit vor dem geplanten Austausch informiert. Das Sammelunternehmen bekommt hierzu Flyer, bzw. Tonnenanhänger vom AG zur Verfügung gestellt, die auf die Filterwechseltermine hinweisen. Anhand der Planung des AN klemmen die Lader des Sammelunternehmens an der letzten Leerung vor dem Tausch die Flyer unter den Deckel oder hängen die Tonnenanhänger an das Griffrohr des entsprechenden Biobehälters.

Die Biofilter sind an der Betriebsstätte des AG

Abfallwirtschaftsgesellschaft des Neckar-Odenwald-Kreises mbH (AWN)

Betriebsstätte Bödighheim

Zum Mühlrain 34

74722 Buchen-Bödighheim

abzuholen, zu verteilen bzw. auszutauschen.

Ein Alternativstandort zur Abholung der Biofilter ist die Deponie Z.E.U.S. Sansenhecken 1, 74722 Buchen. Dem AN wird rechtzeitig für die Planung mitgeteilt, welche Abholstelle anzufahren ist.

Der AN tauscht das Filtermaterial und dokumentiert den Austausch über Handlesegeräte. Die Biobehälter sind mit entsprechenden Transpondern und Behälteretiketten versehen. Die Handlesegeräte müssen daher in der Lage sein, Transponder zu identifizieren und den jeweiligen Transpondercode anzuzeigen sowie einen Barcode zu lesen. Das alte Filtermaterial kann über den Biobehälter entsorgt werden. Innerhalb des Tauschvorganges hat der AN ebenso die Deckelbolzen zu kontrollieren. Sollte der Deckelbolzen keinen ausreichenden Halt des Deckels geben, so ist eine Rückmeldung an den AG zu erstellen. Der erfolgte Tausch ist durch den AN mit einem runden farbigen Aufkleber „Tausch ok“ kenntlich zu machen und auf dem Deckel anzubringen. Die farbigen Aufkleber werden dem AN vom AG gestellt. Eine Aktivierung des Filtermaterials durch den AN ist nicht Teil der Leistungserbringung.

Der AN dokumentiert den Tausch in der Gesamttauschliste und meldet diese Liste jeweils am Folgetag an den AG zurück. Sind Behälter durch den Bürger nicht bereitgestellt, können diese durch die Bürger am Standort Bödighheim abgeholt werden. Der AN ist nicht zu einer weiteren Anfahrt verpflichtet.

Es ist eine Runde zum Filtertausch durchzuführen. Hierzu ist jedes Grundstück einmalig anzufahren. Die Tauschaktion ist mittels GPS-Spur aufzuzeichnen und dem AG ist Einsicht in das System zu gewähren.

Der AN verpflichtet sich, insbesondere dafür Sorge zu tragen, dass seine Bediensteten beim Tauschvorgang darauf achten, dass keine Rückstände aufgrund des Filterwechsels (wie z.B. altes Filtermaterial, etc.) auf der Straße, dem Gehweg oder in der Straßenrinne verbleiben. Der AN hat Verunreinigungen des Straßenraums und der Grundstücke unverzüglich zu beseitigen.

Des Weiteren soll zwischen den beiden Tauschzeiträumen im Jahr 2029 eine Ergebnisbesprechung stattfinden, um ggf. Optimierungen für den nächsten Tauschzeitraum umzusetzen. Die Ergebnisbesprechung ist im Preis für den Austausch einzukalkulieren.

(3) Sorgfaltspflichten, Qualitätssicherung und sonstige Vorgaben

Behinderungen oder Gefährdungen für Verkehrsteilnehmer dürfen sich durch den Filteraustausch nicht ergeben. Der AG fordert bzgl. der Leistungsausführung keine Quittierung durch die Benutzer des Entsorgungssystems. Im Übrigen gelten die Vorschriften der 32. BImSchV (32. Verordnung zur Durchführung des Bundes-Immissionsschutzgesetzes - Geräte- und Maschinenlärmschutzverordnung -).

Der AN verpflichtet sich, seine Tätigkeit so zu gestalten, dass eine vertragsgemäße Leistungserbringung und eine umgehende Mängelbeseitigung möglich sind. Die Gefahr, insbesondere die des zufälligen Untergangs, trägt bis zum Austausch des Filtermaterials an dem jeweils vorgesehenen Aufstellungsort der AN.

Der AN verpflichtet sich weiter, für den Zeitraum der Leistungserbringung zwei deutschsprachige Personen zu benennen, die dem AG als Ansprechpartner bei etwaigen Mängeln oder Anfragen zur Verfügung stehen. Der AN sorgt dafür, dass mindestens einer der Ansprechpartner arbeitstäglich während der üblichen Geschäftszeiten zu Zwecken der in Bezug auf die Vertragsausführung betreffenden Abstimmungen (Anfragen zum Austausch des AG, etc.) für den AG telefonisch als auch per E-Mail erreichbar ist. Während der Tauschphase hat zwischen dem AG und dem AN ein zeit- und/oder ereignisorientierter Informationsaustausch zu erfolgen. Hierzu wird es auch regelmäßige Treffen beim AG geben, die mind. ein Ansprechpartner und ggf. Fachabteilungen des AN wahrzunehmen hat.

Die Fahrzeuge zur Leistungserbringung müssen mit Navigationssystem und mindestens einem Mobiltelefon pro Fahrzeug ausgestattet sein. So wird sichergestellt, dass ggf. auftretende Reklamationen schnell geklärt werden. Ggf. kann auch das Verteilerteam Nachfragen zu einer nicht auffindbaren Adresse schnell mit dem AG vor Ort klären.

Der AG legt Wert auf die Einhaltung des Datenschutzes. Die Mitarbeiter sind auf Einhaltung des Datenschutzes zu verpflichten. Für Leiharbeitskräfte gilt die Weisungsbefugnis und sie sind ebenfalls auf Einhaltung des Datenschutzes zu verpflichten. Entsprechend sind personenbezogene Daten wie z.B. Austauschlisten zu verarbeiten und nach Projektende nachweislich zu vernichten oder dem AG zu übergeben. Die Daten des Austausches sind noch 6 Monate beim AN vorzuhalten und dann nachweislich gemäß DSGVO zu löschen.

Die sich aus der Aufgabenwahrnehmung des AN ergebenden datenschutzrechtlichen Anforderungen und Pflichten des AN werden nach Vertragsschluss im Rahmen ergänzender Vereinbarungen zur Auftragsdatenverarbeitung (siehe Anlage 5 zum Vertrag) geregelt. Die zu regelnden Anforderungen und Pflichten ergeben sich aus der DSGVO und zur Umsetzung der Richtlinie (EU) Nr. 2016/680 und zur Informationsfreiheit und zielen insbesondere auf

- Gegenstand und Umfang der Datenverarbeitung,
- die notwendigen technischen und organisatorischen Maßnahmen,
- die Befugnis etwaiger Unterauftragsverhältnisse,
- sowie der Weisungsbefugnis des AG.

§ 5 Pflichten des AN

- (1) Der AN verpflichtet sich, dem AG spätestens vier Wochen nach Erteilung des Zuschlags eine Urkalkulation zu übergeben.

Die Urkalkulation muss den Anforderungen des deutschen Preisrechts entsprechen, insbesondere die VO PR 30/53 und die LSP (Leitsätze zur Ermittlung von Selbstkostenpreisen) ist zu berücksichtigen. Die Urkalkulation ist nach einzelnen Leistungsbestandteilen zu differenzieren.

- (2) Der AN verpflichtet sich, sämtliche notwendigen Maßnahmen durchzuführen, um die in diesem Vertrag beschriebenen Leistungspflichten zu erfüllen. Er hat zur Sicherstellung seiner Leistungserbringung die notwendigen technischen Voraussetzungen zu treffen, um eine den anerkannten Regeln der Technik entsprechende, insbesondere staubfreie, auslaufsichere, lärm- und geruchsreduzierte und umweltschonende Leistungserbringung zu gewährleisten. Er hat in eigener Verantwortung die zur Vertragserfüllung gegebenenfalls erforderlichen Spezialmaschinen anzuschaffen oder bereitzustellen.
- (3) Der AN ist für die Erfüllung der arbeitsrechtlichen, polizeilichen und berufsgenossenschaftlichen Verpflichtungen gegenüber seinem Personal allein verantwortlich. Er hat die Vorschriften des Arbeitszeitgesetzes einzuhalten. Dem AN obliegt die Verkehrssicherungspflicht für alle im Zusammenhang mit der Leistungserbringung stehenden Tätigkeiten.
- (4) Der AN verpflichtet sich, dafür zu sorgen, dass seine Bediensteten sich im Dienst ordnungsgemäß verhalten und mit einer ordentlichen, witterungsgerechten und den berufsgenossenschaftlichen Vorschriften entsprechenden Arbeitskleidung ihren Dienst pflichtbewusst verrichten. Auf Ersuchen des AG soll der AN offenbar ungeeignetes Personal nicht mehr einsetzen.
- (5) Alle gegebenenfalls erforderlichen öffentlich-rechtlichen Genehmigungen hat der AN, soweit sie nicht bereits vorliegen, unverzüglich zu beantragen, diese dem AG in Kopie vorzulegen und während der gesamten Vertragsdauer aufrecht zu erhalten. Erlischt eine dem AN erteilte öffentlich-rechtliche Genehmigung – gleich aus welchem Grunde – so hat der AN dies dem AG unverzüglich anzuzeigen. Die Verpflichtung zu einem genehmigungskonformen Betrieb bleibt unberührt.
- (6) Der AN verpflichtet sich, zwei deutschsprachige Personen (darunter der Betriebsleiter) zu benennen, die dem AG als ständige Ansprechpartner bei Mängeln oder Anfragen zur Verfügung stehen. Der AN hat dafür Sorge zu tragen, dass mindestens einer der beiden Ansprechpartner arbeitstäglich während der üblichen Geschäftszeiten erreichbar ist.
- (7) Die Einhaltung sämtlicher gesetzlicher Vorschriften schuldet der AN auch vertraglich gegenüber dem AG.
- (8) Der AN darf Daten, insbesondere personengebundene Daten, und Informationen, die er aufgrund dieses Vertrages erlangt, nicht an Dritte weitergeben. Er darf derartige Daten und Informationen nur zu der Erfüllung der ihm nach diesem Vertrag obliegenden Verpflichtungen nutzen und verwenden.

§ 6 Rechte und Pflichten des AG

- (1) Der AG verpflichtet sich zur Zahlung der Entgelte gemäß § 8 unter Berücksichtigung der Regelungen in § 9.
- (2) Der AG unterrichtet den AN rechtzeitig, wenn dem AG Umstände bekannt werden, die für die Leistungserbringung von Bedeutung sein können.
- (3) Der AG ist berechtigt, im Einzelfall selbst oder durch seine Beauftragten, die dem AN übertragenen Leistungen zu überwachen und unaufschiebbar notwendige Anordnungen gegenüber dem AN und in Einzelfällen gegenüber dessen Bediensteten zu treffen. Werden Anordnungen mit fortdauernder Wirkung getroffen, so sind diese dem AN alsbald schriftlich mitzuteilen.
- (4) Soweit Bekanntmachungen aus diesem Vertrag an die Benutzer der öffentlichen Abfallentsorgung notwendig sind, erfolgen diese ausschließlich durch den AG.
- (5) Der AG stellt dem AN alle diejenigen bei ihm verfügbaren Informationen auf Anforderung zur Verfügung, die der AN für die ordnungsgemäße Erfüllung seiner Leistungspflichten benötigt.

§ 7 Pflichtverletzungen des AN, Versicherung, Höhere Gewalt

- (1) Die Haftung für Pflichtverletzungen richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen und den Bestimmungen der VOL/B, sofern in diesem Vertrag keine anderen Regelungen getroffen werden.
- (2) Von Ansprüchen Dritter, die gegenüber dem AG wegen Schäden erhoben werden, die der AN bei der oder infolge der Leistungserbringung verursacht hat, hat der AN den AG auf erstes Anfordern hin freizustellen. Gleiches gilt für etwaige eigene Prozess- und/oder Rechtsanwaltskosten.
- (3) Ist der AN durch höhere Gewalt, insbesondere Krieg, kriegsähnliche Ereignisse, Epidemien, Pandemien, Seuchen, Quarantäneanordnungen oder Naturkatastrophen an der Erfüllung seiner Leistungsverpflichtungen gehindert, so ruhen bis zum Wegfall des ursächlichen Ereignisses die wechselseitigen Pflichten zur Vertragserfüllung. Der AN hat seine Verhinderung, den Verhinderungsgrund und deren Wegfall dem AG unverzüglich schriftlich mitzuteilen. Streiks und Aussperungen gelten nicht als Fälle höherer Gewalt. Ob die unterbliebenen Leistungen nach Wegfall der höheren Gewalt nachgeholt bzw. alternative Möglichkeiten erschlossen werden, entscheiden die Vertragspartner im gegenseitigen Einvernehmen. Sofern der AN die vom AG geschaffenen, alternativen Möglichkeiten zur Leistungserbringung nicht wahrnehmen kann, ist der AG berechtigt, die Leistungen ganz oder teilweise auf eigene Kosten auszuführen oder von Dritten ausführen zu lassen.
- (4) Der AG haftet gegenüber dem AN nur bei grober Fahrlässigkeit und Vorsatz seitens seiner Bediensteten.
- (5) Der AN verpflichtet sich innerhalb von einer Woche nach Abschluss des Vertrages, zur Abdeckung der Haftungsrisiken eine entsprechende Haftpflichtversicherung abzuschließen. Die Deckungssummen je Schadensfall müssen mindestens betragen:
 - für Personenschäden EUR 2,5 Mio.,
 - für Sachschäden EUR 1 Mio.,
 - für Vermögensschäden EUR 250.000.

§ 8 Entgelte

- (1) Für die Leistungen des AN zahlt der AG ein Entgelt, das sich nach dem bezuschlagten Angebot des AN bemisst, welches Bestandteil dieses Vertrages ist. Die entsprechend ausgefüllten Preisblätter des AN aus seinem Angebot sind verbindlich und werden diesem Vertrag als Anlage 1 beigelegt. Hierdurch sind sämtliche Leistungen und Kosten des AN insbesondere auch Transport- und Verteil-/Austauschkosten, Anbringung der Aufkleber sowie für die Bereitstellung der Handlesegeräte, GPS-Spur abgebolten.
- (2) Zu allen in den Preisblättern aufgeführten Netto-Entgelten ist ggf. die jeweils geltende Mehrwertsteuer zu addieren.
- (3) Der AN hat bei der Kalkulation seiner Entgelte alle relevanten Umstände zu berücksichtigen.
- (4) Die Einhaltung der Grundsätze zum tauschähnlichen Umsatz obliegt allein dem AN. Sofern also werthaltige Abfälle Gegenstand dieses Vertrages sind, hat der AN dafür Sorge zu tragen, dass die MwSt. korrekt ausgewiesen und abgeführt wird, auch wenn nur ein Gesamtpreis angeboten ist.

- (5) Die Preisvereinbarung dieses Vertrages unterliegt den Bestimmungen der jeweils geltenden Fassung der Verordnung PR Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen und ggf. einer Preisprüfung. Die in diesem Vertrag vereinbarten Preise gelten als Marktpreise im Sinne der o.a. Verordnung, soweit nicht in dem Vertrag ausdrücklich ein anderer Preistyp angegeben ist.
- (6) Mit der Annahme des Auftrags ist der AN verpflichtet, der zuständigen Preisbehörde auf Verlangen nachzuweisen, dass es sich um einen Marktpreis handelt. Kann aufgrund der Preisprüfung ein Marktpreis nicht festgestellt werden, gilt der vereinbarte Preis als Selbstkostenpreis im Sinne der entsprechenden Preisverordnung. Der AN ist in diesem Fall verpflichtet, in Zusammenarbeit mit der Preisbehörde nach den Vorschriften der LSP-Leitsätze für die Preisermittlung aufgrund von Selbstkosten einen Selbstkostenfestpreis, Selbstkostenrichtpreis oder Selbstkostenerstattungspreis zu ermitteln und abzurechnen. Bei der Abrechnung zu Selbstkosten wird zur Abgeltung des kalkulatorischen Gewinns ein Satz für höchstens 5 v.H. der Netto-Selbstkosten als angemessen betrachtet. Eine Verzinsung des betriebsnotwendigen Kapitals von 6,5 v.H. darf nicht überschritten werden.
- (7) Sofern sich die Preise aufgrund einer Prüfung nach der Verordnung PR- Nr. 30/53 über die Preise bei öffentlichen Aufträgen als unzulässig erweisen, so gilt für die Vergütung jeweils der preisrechtlich zulässige Preis.

§ 9 Abrechnung

- (1) Die Zahlung für die Leistungen „Austausch von Biofiltern“ erfolgt, wenn diese vollständig in einer jeweiligen Austauschwellen erbracht wurde. Maßgeblich für die Abrechnung pro Austauschwellen ist die pro Austauschwellen verteilte Anzahl an Biofiltern.
- (2) Der AN erteilt dem AG nach erfolgter Leistungserbringung jeweils eine Rechnung in einfacher Ausfertigung über die entsprechende Leistung in nachvollziehbarer und prüffähiger Form. Diese ist in digitaler Form per E-Mail an den AG zu übermitteln.
- (3) Prüffähige Rechnungen des AN sind innerhalb von 2 Wochen nach Rechnungserhalt auszugleichen.
- (4) Zahlungen werden bargeldlos geleistet. Als Tag der Zahlung gilt bei Überweisung von einem Konto der Tag der Hingabe oder Absendung des Überweisungsauftrages an das beauftragte Geldinstitut.

§ 10 Preisanpassung

- (1) Beide Parteien sind berechtigt rückwirkend, jeweils zum 1. Januar eines Jahres - erstmals zum 01.01.2028 – bei nachweisbar veränderten Kosten, die den Inhalt dieses Vertrages berühren, eine Anpassung der Entgelte i. Z. m. mit dem Tausch zu fordern. Die Neufestsetzung der Entgelte erfolgt auf Grund einer prognostizierten Kostenstruktur, die
 - Fixkosten zu 35 %
 - Lohn- und Lohnnebenkosten zu 30 %,
 - Treibstoffkosten zu 15 % und
 - Fahrzeugkosten zu 20 % berücksichtigtgem. der nachfolgenden Formel:

Formel:
$$P = P_0 \times (0,30 \times L/L_0 + 0,15 \times D/D_0 + 0,20 \times F/F_0 + 0,35)$$

Legende:

- P = Entgelt zum Anpassungszeitpunkt
(1. Januar des jeweiligen Jahres)
- P₀ = Ursprüngliche Entgelthöhe (Angebotspreis aus der Ausschreibung [Preisblatt] und immer Basis für die Errechnung der Preisanpassung)
- L = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste in der Gesamtwirtschaft ohne Sonderzahlungen, 2020=100, Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)
- L₀ = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der tariflichen Stundenverdienste in der Gesamtwirtschaft ohne Sonderzahlungen, 2020=100, Code 62221-0001, WZ08-38-01 Recycling, Beseitigung von Umweltverschmutzungen, Durchschnittswert für das Jahr 2024
- D = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Dieselmotor bei Abgabe an Großverbraucher, Code 61241-0003, GP19-1920260052, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)
- D₀ = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Dieselmotor bei Abgabe an Großverbraucher, Code 61241-0003, GP19-1920260052, Durchschnittswert für das Jahr 2024
- F = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, zum Januar des jeweiligen Jahres (Durchschnittswert des vergangenen Jahres)
- F₀ = vom Statistischen Bundesamt in Wiesbaden ermittelter Index der Erzeugerpreise gewerblicher Produkte (Inlandsabsatz), Lkw mit Kolbenverbrennungsmotor mit Selbstzündung, Code 61241-0003, GP19-291041, Durchschnittswert für das Jahr 2024

Anmerkung: Das Statistische Bundesamt in Wiesbaden gibt die durchschnittliche Entwicklung der Indizes in Bezug auf das Jahr (Durchschnittswert) im Januar des darauf folgenden Jahres bekannt. In Einzelfällen kann die Veröffentlichung auch im Februar oder März erfolgen.

- (2) Das Anpassungsverlangen nach Abs. 1 muss dem Vertragspartner spätestens drei Monate nach dem möglichen Änderungsstermin schriftlich und unter Beifügung einer nachvollziehbaren Berechnung sowie der dazugehörigen Berechnungsgrundlage zugehen. Die Mitteilung muss enthalten, um welchen Prozentsatz das jeweilige Entgelt verändert werden soll. Bei einer nicht rechtzeitigen Anmeldung der Preisanpassung ist das Recht zur Preisanpassung für das jeweilige Vertragsjahr verwirkt.
- (3) Eine Anpassung kann nur verlangt werden, wenn sich auf der Grundlage der Berechnungsformel nach Abs. 1 eine Veränderung der Entgelte für die insgesamt zu erbringenden Leistungen gegenüber den zuletzt vereinbarten Entgelten von mehr als 2 % ergibt (Hinweis: Da Vergleichsgrundlage immer das zuletzt vereinbarte und geltende Entgelt ist, kann eine Preisanpassung immer dann verlangt werden, wenn gegenüber diesem Entgelt eine Veränderung von mehr als 2 % aufgetreten ist. Nicht notwendig ist also, dass gegenüber dem jeweiligen Vorjahr eine Veränderung von mehr als 2 % aufgetreten ist.).

- (4) Nach Umbasierung durch das Statistische Bundesamt ersetzen die neu berechneten Indizes auf der Grundlage der neuen Gewichtung die vorher auf der alten Basis ermittelten Preisindizes, die mit der Umbasierung ihre Gültigkeit verlieren.
- (5) Die Vertragspartner unterstellen, dass die Preisanpassungsformeln nach dem Preisklauselgesetz wirksam sind. Sollte sich diese Einschätzung als unrichtig erweisen, sind die Vertragspartner verpflichtet, die jeweils unwirksame Klausel durch eine zulässige Klausel zu ersetzen, die dem wirtschaftlichen Ziel der Vertragspartner möglichst nahe kommt.

§ 11 Vertragsänderungen, Rechtsnachfolge

- (1) Der AN verpflichtet sich zur Fortführung des Vertrages auch dann, wenn die Entsorgungspflicht ganz oder teilweise auf eine andere juristische Person übergeht oder der AG einen Dritten, an dem der AG mehrheitlich beteiligt ist, mit der Durchführung seiner Entsorgungspflicht beauftragt. Der AN stimmt daher bereits jetzt unwiderruflich einer Vertragsfortführung unter unveränderten Vertragsbedingungen mit dem neuen Aufgabenträger zu.
- (2) Bei Änderungen des Entsorgungssystems aufgrund von Satzungsänderungen oder anderer Beschlüsse von Organen des AG, die die in diesem Vertrag aufgeführten Leistungen des AN verändern oder zum Wegfall von Leistungen führen, werden sich beide Vertragspartner um eine Vertragsanpassung bemühen, sofern dies vergaberechtlich zulässig ist. Gleiches gilt für Systemänderungen aufgrund oder infolge geänderter rechtlicher Bestimmungen. Auf die in diesen Fällen vom AG neu festzulegende Leistung wird der AN einen Preis unter weitest möglichem Rückgriff auf die beim AG hinterlegte Urkalkulation benennen. Sodann ist Einvernehmen über die neuen Entgelte zwischen den Vertragspartnern zu erzielen. Auf Verlangen des AG muss der AN zusätzlich eine Preisbildungsübersicht in prüffähiger Form vorlegen. Kann vor Beginn der geänderten Leistung kein Einvernehmen über eine Entgeltanpassung erzielt werden, so hat der AG das Recht, die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung im Rahmen der vergaberechtlich zulässigen Grenze festzulegen, soweit die Durchführung der geänderten oder neuen Leistung für den AN nicht unzumutbar ist. Auf § 19 Nr. 3 VOL/B wird hingewiesen.
- (3) Der AG ist in allen Fällen der Verhandlungen über eine Vertragsanpassung, insbesondere bei einem Verlangen auf eine Anpassung der Entgelte, berechtigt, im Beisein des AN Einblick in die Urkalkulation des AN zu nehmen.
- (4) Vor der Übertragung der Gesellschaft des Unternehmers auf einen Rechtsnachfolger, auch infolge von Umwandlungsvorgängen nach dem UmwG, ist die Zustimmung des AG einzuholen. Die Zustimmungspflicht gilt auch bei Veränderungen in der Gesellschafterstruktur des Unternehmers, die dem AG stets mitzuteilen ist. Der AG kann nur in begründeten Fällen seine Zustimmung verweigern.

§ 12 Sicherheit, Bürgschaft

- (1) Der AN hat eine Sicherheit für die ordnungsgemäße Vertragserfüllung einschließlich Abrechnung, Gewährleistung und Schadensersatz sowie Erstattung von Überzahlungen in Höhe von 5 % der jährlichen Nettoauftragssumme gem. den Wertungsmengengerüsten des Preisblattes zu leisten und über die Vertragslaufzeit aufrecht zu erhalten.
- (2) Die Sicherheit kann erbracht werden durch Übergabe der Bürgschaftserklärung eines in der Europäischen Union zugelassenen Kreditinstitutes gemäß dem diesen Vertrag beiliegenden Muster. Die Sicherheit ist spätestens 14 Tage nach Erteilung des Zuschlags im Vergabeverfahren zu leisten.

- (3) Die Sicherheit wird dem AN 3 Monate nach vollständiger Erfüllung der Leistungen aus diesem Vertrag zurückgegeben, sofern bis zu diesem Zeitpunkt alle Ansprüche des AG erfüllt sind.

§ 13 Vertragsstrafe

- (1) Für die vereinbarten Vertragsstrafen gelten die §§ 339 bis 345 BGB, sofern sich aus den nachfolgenden Regelungen keine Abweichungen ergeben. Die Vertragsstrafen haben den Zweck, die Erfüllung der Pflichten aus diesem Vertrag zu sichern. Die Vertragsstrafen sind nicht verwirkt, wenn der AN eine Pflichtverletzung nicht zu vertreten hat; die Beweislast für das Nichtvertreten-müssen trägt der AN.
- (2) Erbringt der AN die ihm vertraglich obliegende Leistung ganz oder teilweise nicht, so ist der AG berechtigt, dem AN eine Vertragsstrafe in Rechnung zu stellen.
- (3) Insbesondere ist eine Vertragsstrafe in den nachfolgenden Fällen verwirkt:
- (3.1) Stellt sich im Fall einer zulässigen Öffnung der Urkalkulation heraus, dass diese nicht oder nicht ordnungsgemäß erstellt und fristgerecht in der dazu vorgesehenen Form vorgelegt wurde, ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von 2,5 Prozent der Nettoauftragssumme p. a. festzusetzen, sofern wesentliche Mängel der Urkalkulation vorliegen, die die Verhandlungen über eine gegebenenfalls notwendige Preisanpassung zu erschweren geeignet sind.
- (3.2) Beseitigt der AN etwaige bei der Leistungserbringung entstandene Verunreinigungen nicht unverzüglich, ist der AG berechtigt, in jedem Einzelfall eine Vertragsstrafe in Höhe von EUR 100,-- festzusetzen.
- (3.3) Bei nicht fristgerechter Durchführung weiterer vertraglicher Leistungen ist der AG berechtigt, eine Vertragsstrafe in Höhe von bis zu EUR 500,-- pro Werktag festzusetzen, falls der AN zuvor bereits vergeblich unter Fristsetzung zur Nachholung seiner Leistungspflichten aufgefordert wurde.
- (4) Die Vertragsstrafen gem. Abs. 3 dürfen pro Vertragsjahr einen Betrag von 5 % der gesamten Jahresvergütung nicht überschreiten. Die maßgebliche Jahresvergütung ermittelt sich aus der Addition der absoluten Entgeltbeträge.
- (5) Bei mehrfacher oder andauernder Vertragsverletzung ist § 16 Abs. 1.2 anzuwenden.
- (6) Weitergehende Schadensersatzansprüche bleiben durch das Vertragsstrafeversprechen unberührt.
- (7) § 343 BGB wird abbedungen (Angemessenheitskontrolle).

§ 14 Nachträgliche Unterbeauftragung

- (1) Der AN hat die nach diesem Vertrag geschuldeten Leistungen grundsätzlich selbst zu erbringen. Die Weitergabe einzelner Leistungen an Unterauftragnehmer ist nur in den Fällen zulässig, in denen der Unterauftragnehmer seine Eignung (Fachkunde, Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit) vor Aufnahme des Tätigwerdens nachweist und bedarf der vorherigen schriftlichen Zustimmung des AG, es sei denn, der Unterauftragnehmer wurde bereits im Angebot des AN benannt. Für den Unterauftragnehmer gelten die gleichen Eignungsanforderungen wie für den Hauptauftragnehmer. Der AG wird seine Zustimmung nur aus wichtigem Grund verweigern. § 4 Nr. 4 VOL/B bleibt unberührt.
- (2) Die Zustimmung des AG zum Einsatz eines Unterauftragnehmers ist schriftlich zu beantragen. Dem AG sind zusammen mit der Beantragung entsprechende Unterlagen vorzulegen, damit er

die Eignung des Unterauftragnehmers prüfen kann. Der AG wird der Beauftragung des Unterauftragnehmers erst zustimmen, wenn die entsprechenden Unterlagen vorgelegt und geprüft worden sind.

- (3) Der AN hat sicherzustellen, dass sein Unterauftragnehmer die ihm übertragenen Leistungen selbst erbringt. Eine noch weitergehende Unterbeauftragung ist unzulässig. Der AN haftet für die Erfüllung dieses Vertrages auch bei Beauftragung eines Unterauftragnehmers in vollem Umfang.

§ 15 Loyalitätsklausel

- (1) Bei Abschluss dieses Vertrags können nicht alle Möglichkeiten, die sich evtl. aus der künftigen Entwicklung, aus Änderungen von gesetzlichen Bestimmungen oder aus sonstigen für das Vertragsverhältnis wesentlichen Umständen ergeben, vorausgesehen und geregelt werden. Die Vertragspartner sind sich darüber einig, dass für ihre Zusammenarbeit die Grundsätze kaufmännischer Loyalität zu gelten haben. Sie sichern sich gegenseitig zu, die Vertragsvereinbarungen in diesem Sinne zu erfüllen und ggf. künftigen Änderungen der Verhältnisse unter Heranziehung der allgemeinen Grundsätze von Treu und Glauben Rechnung zu tragen.
- (2) Jeder Vertragspartner verpflichtet sich, die vom anderen Vertragspartner schriftlich oder mündlich erhaltenen vertraulichen Informationen und Kenntnisse wie eigene Betriebsgeheimnisse vertraulich zu behandeln und nur für Vertragszwecke zu benutzen.
- (3) Bei Beendigung dieses Vertrages – gleich aus welchem Grund – hat der AN alles Erforderliche und ihm Zumutbare zu tun, damit dem AG oder einem anderen Auftragnehmer die Übernahme der Leistungen in möglichst reibungsloser Form ermöglicht wird.

§ 16 Kündigung aus wichtigem Grund

- (1) Jede der Vertragsparteien hat das Recht, diesen Vertrag aus wichtigem Grund fristlos zu kündigen. Ein wichtiger Grund ist insbesondere in folgenden Fällen gegeben:
 - (1.1) Bei Vorliegen höherer Gewalt, deren Entwicklung sich so gestaltet, dass nach billigem Ermessen weder dem einen noch dem anderen Teil die Aufrechterhaltung des Vertrages auf Dauer zugemutet werden kann;
 - (1.2) wenn durch ein schuldhaftes Verhalten des AN der Vertragszweck so gefährdet wird, dass dem AG die Fortsetzung des Vertragsverhältnisses nicht mehr zugemutet werden kann;
 - (1.3) wenn der AN seine Verpflichtungen nachhaltig nicht erfüllt. Dies gilt insbesondere dann, wenn er nach mindestens zweimaliger Abmahnung seitens des AG nicht die notwendigen Maßnahmen trifft, damit die ordnungsgemäße Vertragserfüllung sichergestellt ist. Die Abmahnungen haben schriftlich zu erfolgen. Zwischen ihnen muss jeweils ein Zeitraum von mindestens einer Woche liegen;
 - (1.4) bei Zahlungsunfähigkeit des AN sowie bei Beantragung eines gerichtlichen Vergleichs- oder Insolvenzverfahrens über das Vermögen des AN;
 - (1.5) bei Abgabe einer eidesstattlichen Versicherung nach den Zwangsvollstreckungsvorschriften der ZPO durch den AN.
- (2) Die Kündigung hat durch Einschreibebrief zu erfolgen.
- (3) Die Kündigung nach Abs. (1.1) kann von beiden Vertragspartnern, nach Abs. (1.2) bis (1.5) nur vom AG vorgenommen werden.

§ 17 Kündigung wegen Rechtsverletzungen

- (1) Gewährt, verspricht oder bietet der AN Personen, die auf Seiten des AG mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung des Vertrages befasst sind, mit Rücksicht auf deren Zugehörigkeit zur Verwaltung oder dem Unternehmen des AG oder solchen Personen nahe stehenden Personen, Vorteile im Sinne der §§ 331 ff. Strafgesetzbuch (StGB) an, so ist der AG berechtigt, diesen Vertrag mit oder ohne Einhaltung von Fristen zu kündigen. Gleiches gilt für den Fall, dass er solchen Personen vor Zustandekommen dieses Vertrages derartige Vorteile angeboten, versprochen oder gewährt hat.
- (2) Der AG kann den Vertrag kündigen, wenn sich der AN nachweislich an wettbewerbsbeschränkenden Absprachen im Sinne des § 1 des Gesetzes über Wettbewerbsbeschränkungen (GWB) beteiligt hat, insbesondere mit anderen Bietern oder potentiellen Bietern über die Abgabe oder Nichtabgabe von Angeboten, die zu fordernden Preise, Bindungen sonstiger Entgelte, Gewinnaufschläge, Verarbeitungsspannen und andere Preisbestandteile, Zahlungs-, Lieferungs- oder andere Bedingungen, soweit sie unmittelbar oder mittelbar den Preis beeinflussen, die Entrichtung von Ausfallentschädigungen oder Abstandszahlungen oder Gewinnbeteiligungen oder andere Angaben eine Verabredung getroffen oder eine Empfehlung ausgesprochen hat, es sei denn, dass diese kartellrechtlich zulässig sind.
- (3) Derartigen Handlungen des AN stehen Handlungen von Personen gleich, die auf Seiten des AN mit der Vorbereitung, dem Abschluss oder der Durchführung dieses Vertrages befasst sind oder in dessen Auftrag handeln bzw. gehandelt haben.
- (4) Gibt der AN in seinem Angebot vorsätzlich oder grob fahrlässig unrichtige Erklärungen ab, so berechtigt dies den AG zur Kündigung dieses Vertrages.
- (5) Übt der AG sein Kündigungsrecht gem. Abs. (1), (2) oder (4) aus, so richten sich die Rechtsfolgen nach §§ 8 Nr. 3 und 4 VOL/B.

§ 18 Salvatorische Klausel

- (1) Die Gültigkeit dieses Vertrages wird durch die etwaige Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einzelner Vertragsbestimmungen nicht berührt. Gleiches gilt, wenn sich erst nachträglich die Nichtigkeit oder Unwirksamkeit einer Bestimmung ergibt.
- (2) Beide Vertragspartner verpflichten sich, nichtige oder unwirksame Vertragsbestimmungen durch solche zu ersetzen, die dem mit diesem Vertrag angestrebten Erfolg sachlich, technisch und wirtschaftlich am nächsten kommen.

§ 19 Schlussbestimmungen

- (1) Die im Inhaltsverzeichnis genannten Anlagen werden Vertragsbestandteil.
- (2) Dieser Vertrag wird zweifach ausgefertigt, wobei jeder Vertragspartner ein Original erhält.
- (3) Sofern in diesem Vertrag nicht ausdrücklich Abweichendes festgelegt ist, werden Mitteilungen, die nach dem Vertrag erforderlich sind, schriftlich übermittelt.
- (4) Änderungen und Ergänzungen dieses Vertrages und Nebenabreden zu diesem Vertrag bedürfen zu ihrer Wirksamkeit der Schriftform; sie sind in einem beiderseits rechtsverbindlich unterzeichneten Dokument und fortlaufender Nummer der Vertragsergänzungen niederzulegen, von dem jeder Vertragspartner ein Exemplar erhält. Das Erfordernis der Schriftform kann nur durch eine schriftliche Vereinbarung der Vertragsparteien aufgehoben werden.
- (5) Im Übrigen gelten die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesetzbuches über den Werkvertrag.

(6) Gerichtsstand für Streitigkeiten aus diesem Vertrag ist Buchen.

Buchen, den _____._____._____

_____, den _____._____._____

Für den AG

[Name]

[Funktion]

Für den AN

[Name]

[Funktion]